MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe Mai/Juni 2023

EINE STADT FÜR ALLE – ZUR HALBZEIT DER WAHLPERIODE

Bildquelle: Adobe Stock

Liebe Genossinnen und Genossen,

Eine Stadt für Alle - mit diesem Versprechen sind wir 2020 angetreten, und die Erlangerinnen haben uns das Vertrauen geschenkt - unserer weiterhin starken Stadtratsfraktion und mir als Oberbürgermeister, aber auch uns allen als Erlanger SPD.

Hinter uns liegen drei harte Jahre. Corona hat den Menschen in der Stadt alles abverlangt. Viele Folgen konnten wir abfedern, und dennoch: Die zwischenmenschlichen, sozialen und ökonomischen Folgen waren auch in Erlangen massiv, und auch in Erlangen sind Menschen an Corona verstorben - oder kämpfen bis heute mit den Folgen. Der russische Überfall auf die Ukraine bedeutet eine Zäsur in unserer europäischen Geschichte mit Folgen, die wir alle spüren - auch im Geldbeutel. Die vielen Menschen, die seit Kriegsbeginn zu uns gekommen sind, so gut es geht zu unterstützen ist eine Aufgabe, die uns alle fordert. Dem menschengemachten Klimawandel hat die Welt viel zu lange fast tatenlos zugesehen. Der Handlungsdruck ist nun umso größer, wenn wir eine Chance darauf haben wollen, unseren Planeten auch für unsere Kinder und Enkelkinder noch lebenswert zu erhalten.

Unser Oberbürgermeister Dr. Florian Janik

Erlangen ist vergleichsweise gut durch diese Krisen gekommen. Ob Corona, Ukraine-Krieg oder Energiekrise – wir haben Belastungen gemildert. Wir haben gemeinsam mit vielen Partnern Masken verteilt, Teststraßen bereitgestellt und Impfzentren betrieben. Wir haben Menschen miteinander vernetzt, die anderen in der Pandemie-Zeit beistehen wollten. Wir haben Händlerinnen, Händlern und der Gastronomie kreativ unter die Arme gegriffen. Wir haben tausende Menschen aus der Ukraine, die ihr Heimatland verlassen mussten, bei uns willkommen geheißen. Sie arbeiten hier, gehen in den Kindergarten oder in die Schule, bereichern unser Leben. Wir haben soziale Härten der Energiekrise so gut es geht abgefedert, mit unbürokratischer Hilfe für Menschen mit wenig Geld in der Tasche. Kurzum: Wir haben zusammengehalten. Eben ganz getreu unseres Versprechens: Eine Stadt für Alle.

>> Seite 3

TERMINE

13.06.	19:30	Sitzung Jusos	August-Bebel-Haus	S. 18
14.06.	18:00	Halbzeitbilanz mit OB Dr. Florian Janik	Büchenbacher Anlage	S. 15
14.06.	20:00	Distrikt West Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen	Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1	S. 17
15.06.	18:00	Halbzeitbilanz mit OB Dr. Florian Janik	Röthelheimpark	S. 15
21.06.	18:00	Halbzeitbilanz mit OB Dr. Florian Janik	Bierlachweg	S. 15
23.06.		Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 11
27.06.	19:30	Sitzung Jusos	August-Bebel-Haus	S. 18
28.06.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Blaue Traube (Turnerbund)	S. 3
04.07.	18:00	Halbzeitbilanz mit OB Dr. Florian Janik	Ohmplatz	S. 15

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt

Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Fynn Geifes, Martin Prokopek
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Mo	17:00 - 19:00 Uhr
Di	08:00 - 11:00 Uhr
Mi	10:00 - 12:00 Uhr
Do	10:00 - 13:00 Uhr
Fr	13:00 - 15:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter

Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225
Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Bürozeiten

Mo	09:00 - 13:00 Uhr
Di	09:00 - 13:00 Uhr
Mi	geschlossen
Do	09:00 - 13:00 Uhr
Fr	geschlossen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler
(cs, presserechtlicher Verantwortlicher, Anschrift wie oben)
Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Munib Agha, Helmut Aichele, Stefan Barth, Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Katrin Hurle, Florian Janik, Lisa Kaufmann, Martin Prokopek, Sandra Radue, Andreas Richter, Dieter Rossmeisl, Mark Schuster

Druck:
Onlineprinters GmbH,
Fürth

Auflage:
600 Stück

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben aber auch das getan, wofür wir 2020 angetreten sind: Wir haben unser Wahlprogramm umgesetzt.

Mit dem Klimaaufbruch haben wir ein umfassendes kommunales Aktionsprogramm gestartet. Erstmalig in unserer Stadt haben wir dazu einen Bürger*innenrat gebildet. Gemeinsam mit Verwaltung, Politik und Stakeholdern hat dieser 41 Maßnahmen erarbeitet, die wir umsetzen - 14 davon mit höchster Priorität um. Und nicht zuletzt haben wir mit diesem vorbildhaften Prozess unser Versprechen der guten Bürgerbeteiligung für Erlangen bekräftigt. Wir haben dafür in der Stadtverwaltung Ressourcen geschaffen, die deutschlandweit ihresgleichen sucht. Herausheben möchte ich an dieser Stelle die Dekarbonisierung des Wärmenetzes der Erlanger Stadtwerke, der massive Ausbau der Förderung und Beratung bei privaten Energiesparmaßnahmen und den Stopp von Einbau fossiler Heizungen bei städtischen Gebäuden. Der Klimaaufbruch zeigt, was getan werden muss, um dem Klimawandel wirksam zu begegnen. Aber: Unsere Ressourcen sind begrenzt. Der kommunale Handlungsspielraum ist es auch. Bund, Land und letztlich die ganze Weltgemeinschaft müssen noch mehr richtige Weichen Stellen, um den Planeten zu retten. Wir aber in Erlangen wollen das tun, was wir können. Und haben damit schon alle Hände voll zu tun.

Beispiel Verkehr: Den wollen und müssen wir viel, viel nachhaltiger gestalten. Wir arbeiten daran mit Hochdruck und haben schon viel vorzuweisen. Die Planungen für die Stadt-Umland-Bahn sind weit fortgeschritten. So wie es aussieht wird es gelingen, die StUB entlang der Brucker Lache auf der B4 zu führen - und nicht im Wald. Auch im Stadtwesten wurden wichtige Entscheidungen getroffen. Offen ist die Frage der Lage rund um die Arcaden - hier gibt es in Kürze Neuigkeiten. Die beste Nachricht aber: Wir haben mit der StUB all die Jahre auf das richtige Pferd gesetzt. Der Bund hat - endlich! - die Rahmenbedingungen für die Förderung des ÖPNV an die Realitäten angepasst. Die Folge: Der volkswirtschaftliche Nutzen der StUB ist viel größer als bislang erwartet. Die StUB ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit förderfähig, Erlangen und die Nachbarstädte werden nur maximal 10 % der Kosten tragen müssen. Mit dem Büchenbacher Damm gibt es nun eine weitere Möglichkeit zur Querung der Regnitz. Wir wissen, wie wichtig den Erlangerinnen und Erlangern ihr Regnitzgrund ist. Bislang war die Wöhrmühlquerung die einzig förderfähige Variante. Nun gilt es, den Büchenbacher Damm genau zu untersuchen. Das haben wir versprochen, das halten wir und das passiert aktuell. Die Zahlen zeigen auch: Die Wöhrmühlquerung ist weiterhin die beste Lösung für die StUB, sie birgt aber auch weitreichendere Vorteile für den ganzen ÖPNV in der Stadt. Gut aufbereitet können wir dann voraussichtlich 2024 eine Entscheidung über die Regnitzquerung treffen, die alle Faktoren berücksichtigt.

Wir alle wissen: Die StUB hätte schon vor Jahren kommen müssen. Siemens, die FAU, viele andere Unternehmen sind auf einen leistungsfähigen ÖPNV angewiesen und sagen uns das auch immer wieder. Viele Menschen in der Stadt leiden unter dem Autoverkehr, dem Lärm und dem Dreck. Die StUB ist nicht das Allheilmittel. Aber sie ist der zentrale Baustein der Verkehrswende in unserer Stadt und ein wesentlicher Standortfaktor. Wir haben sie weit vorangebracht. Lasst uns nun nicht nachlassen.

Mit dem Zukunftsplan Fahrradstadt Erlangen haben wir eine Erfolgsgeschichte weitergeschrieben, die Dietmar Hahlweg und seine Mitstreiter*innen in den 70er Jahren begonnen haben. Wir alle fahren gerne Fahrrad in unserer Stadt und die Stadt tut seit langer Zeit außerordentlich viel für den Radverkehr. Wir alle wissen aber auch: Vieles ist etwas in die Jahre gekommen. Wir haben nun unsere Bemühungen noch einmal intensiviert, Schwachstellen und Lücken im Radverkehrsnetz Schritt für Schritt zu beseitigen, mehr Stellplätze anzubieten, weitere Fahrradstraßen auszuweisen und so Sicherheit und Komfort und damit die Attraktivität des Radverkehrs in der Stadt weiter zu stärken.

Das kostet nicht nur Geld und Personal, sondern auch Nerven, wie die Diskussion um die Ausweisung der Universitätsstraße als Fahrradstraße zeigt. Hier haben wir Fehler gemacht. Hier hat sich aber auch gezeigt, wie schwierig Verkehrswende sein kann. Zum einen, weil es im en-

KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur nächsten

Kreismitgliederversammlung
am 28. Juni 2023, 20 Uhr
im Turnerbund ein

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Neumitglieder
2. Legalisierung von Cannabis: Aktuelle Informationen und Debatte mit Martina Stamm-Fibich, MdB
3. Anträge
4. Berichte aus den Gliederungen
5. Sonstiges

Munib Agha Sandra Radue

gen Stadtraum handfeste Probleme gibt, die nicht so leicht zu lösen sind. Zum anderen, weil abstrakt zwar alle für Verkehrswende sind, wenn es aber zum Beispiel konkret um den Parkplatz vor dem Haus geht, wird es schwierig.

Beim Busverkehr ist unser nächstes Ziel die Einrichtung einer kostenlosen Innenstadtzone, also eines Bereichs in der Innenstadt, in dem wir kostenlos Bus fahren können. Noch in diesem Jahr hoffe ich hier auf Ergebnisse im VGN. Auch die Citylinie startet bald - und hoffentlich mit Elektrobussen, die wir noch dieses Jahr erwarten.

Und nicht zuletzt: Wohnen in der Stadt. Das ist weiterhin viel zu teuer, und das betrifft weiterhin nicht nur Menschen mit wenig Geld. Das Leben in Erlangen sollen sich auch die Krankenschwester und der Polizist leisten können. Gemeinsam mit der GEWOBAU und privaten Unternehmen haben wir seit 2014 viele neue bezahlbare Wohnungen gebaut. Die Zahlen weisen hier seit geraumer Zeit in die richtige Richtung, und doch wissen wir: In einer so attraktiven Stadt wie Erlangen wird bezahlbares Wohnen immer ein Problem sein.

Mit der wachsenden Stadt muss auch die Infrastruktur wachsen. Ich bin froh, dass wir neue Kitas bauen wie zum Beispiel am Buckenhofer Weg, dass der Kubic als neues kulturelles Zentrum in der Stadt weiter Gestalt annimmt. Dass wir die Schulen weiter sanieren. Und neue Treffpunkte für Menschen schaffen - sei es im Stadtosten mit dem BBGZ oder im Stadtwesten mit dem Stadtteilhaus West, für das in wenigen Wochen der längst überfällige Spatenstich erfolgt - übrigens auch nach einem von uns angestoßenen Prozess der Bürgerbeteiligung.

An der Stadt für Alle, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich auch in den kommenden drei Jahren mit Euch arbeiten. Auf Euch - eine starke Fraktion und eine starke Partei - konnte ich mich als Oberbürgermeister immer verlassen. Ihr seid mir ein wichtiger Rückhalt in meiner täglichen Arbeit. In den kommenden drei Jahren steht viel an: Philipp und Sophia kämpfen aktuell um Mandate in Land- und Bezirkstag. Mit aller Kraft wollen wir sie in den kommenden Monaten weiter unterstützen. 2024 steht die Europawahl an, 2025 ist wieder Bundestagswahl. Die StUB steuert auf das versprochene Ratsbegehren zu. Gemeinsam wollen wir die Erlangerinnen und Erlanger davon überzeugen, diese Jahrhundertchance für Erlangen zu nutzen. Und dann ist 2026 wieder Kommunalwahl, in der wir erneut um die politische Führungsverantwortung in dieser Stadt kämpfen werden - und um ein starkes Mandat für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Stadt. Dafür brauche ich euch, dafür setze ich auf euch in den drei Jahren, die vor uns liegen.

Für die Stadt für Alle werde ich auch weiterhin jeden Tag alles geben. Es tut gut, Euch dabei an meiner Seite zu wissen.

Euer Florian Janik

Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag[1].

Jetzt neu – exklusiv nur bei Ihrer Sparkasse:
Die Sparkassen-Card DMC (Debit Mastercard)
Genießen Sie alle Funktionen der Sparkassen-Card kombiniert mit Online-Bezahlfunktion und weltweiter Bargeldauszahlung.

[1] Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 02/2022

sparkasse-erlangen.de/giro

VOM GLÜCK, WÜNSCHE ZU GESTALTEN

URSEL LANIG ZUM 70. GEBURTSTAG

VON DIETER ROSSMEISSL

Ursel Lanig bei der Verleihung der August-Bebel-Uhr im April 2023

Geburtstage fordern zum Rückblick auf, runde zumal. Aber wenn Ursel Lanig ihren 70. Geburtstag feiert, geht der Blick in beide Richtungen: zurück und mehr noch nach vorn. Geboren ist sie am 6. Mai 1953 in Erlangen. Nach der zweiklassigen Grundschule in Dechsendorf, dem Fridericianum und dem Melanchthon-Gymnasium in Nürnberg studierte sie an der heimischen Alma Mater Deutsch, Geschichte und Sozialkunde. Nach dem Zweiten Staatsexamen 1981 unterrichtete sie zunächst am Gymnasium in Oberasbach, dann an der Schule für Kranke in Erlangen.

2002 kam Ursel in den Stadtrat, dem sie bis 2020 angehörte. „Ich wollte meine Umgebung gestalten. Deshalb war es immer die Kommunalpolitik, die mich gereizt hat.“ In 18 Jahren im Fraktionsvorstand setze sie sich konsequent für die Öffnung der Fraktion in die Stadtgesellschaft ein, auch wenn manche Positionen zunächst nicht unwidersprochen blieben. Hauptfelder ihrer Jahre im Stadtrat waren Kultur und Bauen, ein Höhepunkt ihre Kandidatur zur Oberbürgermeisterin 2008. Damals punktete sie nach einem engagierten Wahlkampf gegen den amtierenden OB immerhin mit einem Drittel aller Stimmen.

Auf die Frage nach ihren größten Erfolgen zögert Ursel nicht: der nach 30 Jahren erfolgreiche Kampf um die Wasserqualität des Dechsendorfer Weihers und das dringend benötigte Atelierhaus an der Thalermühle! Und ihre größte Enttäuschung? Dass sich die Ratsmehrheit nicht dazu entschieden hat, den Museumswinkel dem Namen entsprechend zu einem Aushängeschild für die Wissenschaftsstadt Erlangen zu machen.

Soviel Ursel in ihren vielen Funktionen mit Interesse und Engagement auch bewegt hat, soviel bleibt aus ihrer Sicht noch zu tun, zu hoffen, zu wünschen. Sieben Wünsche aus 70 Jahren - was ihr da wohl einfällt? Sie braucht gar nicht lang um aufzuzählen: (1.) die StUB endlich bauen, (2.) den Theaterstrukturentwicklungsplan endlich umsetzen (der nicht nur wegen des Wortungetüms nicht voran kommt), (3.) die Flusstäler menschenfreundlich mit der Innenstadt verbinden, (4.) Denkmal- und Brandschutz nicht immer wieder als Entwicklungs-Verhinderer erleben müssen, sondern die substanzbedrohten Kultur-Gebäude sanieren, (5.) einen großen Ausstellungsbereich für große Kunstwerke in der Stadt und (6.) mehr Mut, sich Großprojekten ohne Scheuklappen zu nähern, und auch (7.) den Himbeerpalast endlich für die Uni fertig bekommen, . Man merkt es ihr an: Sie ist auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Stadtrat ungeduldig, will, dass die Dinge vorankommen, fordert mehr Eigenverantwortung ohne gleich zum Egozentriker zu werden.

Was sie anders machen würde, wenn sie nochmal neu anfangen könnte? Sich vielleicht bei politischen Entscheidungen noch mehr auf die Hinterbeine stellen, als sie es mit ihrer Kämpfernatur ohnehin tut, aber im wesentlichen - und auch im Privaten - fällt der Rückblick zufrieden aus: „Eigentlich würde ich (fast) alles wieder so machen, wie ich es gemacht habe.“ Und dann greift sie tief in die philosophische Terminologie: „Der Kairos war für mich sehr wichtig: Es war mein Glück, neue Aufgaben zu finden und neue Wege beschreiten zu können, wenn ich einen Wechsel für nötig hielt.“ Einen Wunsch fügt Ursel dann doch noch den sieben schon genannten hinzu: Politik so zu machen, dass die Belastungen für die nachfolgende Generation erträglich bleiben. So wird ihr 70. Geburtstag zum hoffnungsvollen Blick nach vorn.

Danke, Ursel, für das Viele, das du für Erlangen und unsere Partei geleistet hast, Gratulation zum Geburtstag und alle guten Wünsche für das Viele, das dir und uns auch künftig zu tun bleibt!

WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

Nachträglich gratulieren wir

01.05. Dieter Beck
70 Jahre

06.05. Ursula Lanig
70 Jahre

08.05. Günter Braun
84 Jahre

10.05. Birgit Hartwig
65 Jahre

12.05. Felix Wosnitzka
80 Jahre

12.05. Dr. Michael Stoisiek
77 Jahre

15.05. Wilhelm Horn
76 Jahre

16.05. Gudrun Mühlhofer
72 Jahre

17.05. Ute Preuß
83 Jahre

17.05. Wiebke Schmielau
74 Jahre

25.05. Rohland Opfermann
73 Jahre

26.05. Heide Mattischeck
84 Jahre

27.05. Hannelore Stahlschmidt
77 Jahre

27.05. Jürgen Theuerkauf
71 Jahre

27.05. Karin Sichel
81 Jahre

27.05. Lüer Rietzsch
76 Jahre

31.05. Gisela Jellici
89 Jahre

01.06. Wolfgang von Rimscha
86 Jahre

04.06. Karin Zwanzig von Taboritzki
85 Jahre

06.05. Gisela von Rimscha
87 Jahre

06.06. Ruhi Teksifer
88 Jahre

07.06. Walter Schweigert
71 Jahre

07.06. Walter Träg
79 Jahre

08.06. Rolf Schowalter
76 Jahre

09.06. Annette Fichtner
79 Jahre

09.06. Dr. Dieter Haack
89 Jahre

09.06. Gerlinde Köhn
78 Jahre

11.06. Heinrich Urban
70 Jahre

11.06. Manfred Jelden
80 Jahre

12.06. Miroljub Kostic
76 Jahre

17.06. Gert Büttner
76 Jahre

30.06. Jolanda Klar
78 Jahre

30.06. Klaus-D. Löw
76 Jahre

INNOVATIONCITY BOTTROP

VON BIRGIT VIRNICH, WDR, 15.06.2021
ZUR VERÖFFENTLICHUNG EINGESANDT
VON GERHARD CARL

In nur zehn Jahren hat Bottrop seinen CO2-Ausstoß halbiert. Längst gilt die Stadt als Vorbild für andere Industriestandorte. Der Umbau der Stadt begann im Jahr 2010, ein Pilotprojekt. Für OB Bernd Tischler (SPD) stand damals fest: "Städte sind für etwa 80 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs und über 70 Prozent der CO2-Emissionen verantwortlich. Die Energiewende ist also nur möglich, wenn wir genau da ansetzen und unsere Städte umgestalten."

Die größte Herausforderung: wie nimmt man Bürgerinnen und Bürger mit Durchschnittseinkommen oder weniger die Angst, in den ökologischen Umbau ihrer Wohnungen und Häuser zu investieren?

Tischler war überzeugt:
„Man muss sie ermutigen, je nach Geldbeutel, ihr Haus oder ihre Wohnung ökologisch umzubauen. Zuerst die Fenster, dann die Fassaden. Immer mit Zuschüssen von der Stadt oder vom Land."

Nach und nach werden in Bottrop alte Heizungsanlagen ausgetauscht, Häuser an das Fernwärmenetz angeschlossen und sogenannte „Zukunftshäuser" gebaut, die nach ihrer bautechnischen Sanierung mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen. Eigentümerinnen und Eigentümer erhalten dafür Zuschüsse.

OB Tischler bringt die Akteure an einem Runden Tisch zusammen (alle 14 Tage): Vertreter der Wohnungswirtschaft und Industrie, Gewerbebetriebe, Handwerker, die Hochschulen, Bürger, Politiker und die Verwaltung und diskutiert mit ihnen die nächsten Schritte.

„InnovationCity Bottrop" wird zu einem Pilotprojekt mit großer Strahlkraft. Bottrop belegt mittlerweile unter allen Großstädten in NRW auch den Spitzenplatz bei der Photovoltaik-Dichte pro Einwohner. Die Bottroper Blaupause kann auch auf andere Städte übertragen werden. Bürgermeister aus anderen Teilen der Welt lassen sich von Tischler beraten. Klimaschutz zahlt sich volkswirtschaftlich aus, wenn Ökonomie und Ökologie sinnvoll miteinander verbunden werden.

Der OB macht „InnovationCity" zur Chefsache. Es entsteht in Bottrop ein Masterplan: Mehr Grün in die Stadt, die Böden entsiegeln, den Verkehr reduzieren, die E-Mobilität fördern. Modernes Energiemanagement, die Energiewende von untern, vom Berger her, gedacht.

Um all die Ideen umzusetzen und den Wust an Projekten und Förderanträgen bewältigen zu können, baut Tischler nach und nach seinen gesamten Verwaltungsapparat um. Die Verwaltung musste lernen, wie man all die Projekte organisiert. Er richtet Stadtteilbüros ein, niedrigschwellige Anlaufstellen für Bürger und schafft neue Förderrichtlinien, so dass auch weniger ehrgeizige Projekte unterstützt werden können. Für jeden Euro Zuschuss werden in Bottrop acht Euro privat in die Energiewende investiert.

So bringt Tischler die Sanierung unterschiedlichster Gebäude auf den Weg: Gründerzeitvillen, aber auch Nachkriegssiedlungen, Reihenhäuser der 1980er Jahre sowie Tankstellen, Schulen, Tennishallen, Supermärkte und Gewerbebetriebe. Bei jeden Objekt sind andere Maßnahmen möglich und nötig: von der Dämmung bis hin zur Energieoptimierung durch Wärmekopplung, Photovoltaik, Fern- oder Erdwärme sowie neue Lichtanlagen oder Fenster. Es entsteht eine große Sogwirkung: Die Energiewende, ganz praxisorientiert.

Durch den Erfolg als „InnovationCity" hat sich Bottrop einen Namen als Vorreiter in Sachen klimagerechtem Stadtumbau gemacht. Sein Oberbürgermeister ist ein gefragter Ansprechpartner und Ideengeber für Städte und Regionen weltweit geworden.

STATUS QUO KLIMAPOLITIK – EIN ÜBERBLICK

VON MARTIN PROKOPEK

Für den Vortrag „Status quo Klimapolitik – Eine Halbzeitbilanz über die Klimapolitik der Ampel“ bei den Jusos am 02.05. durfte ich mich näher mit der deutschen Klimapolitik befassen. Nachdem ein Überblick hierüber lohnt, folgen die wesentlichen Punkte des Vortrages.

RAUSGEZOOMT: KLIMAPOLITIK ALLGEMEIN

Der Expertenrat für Klimafragen, ein unabhängiges Gremium, das Bundestag und -regierung berät, hat in einem im April veröffentlichten Gutachten ermittelt, dass Deutschlands Treibhausgasemissionen 2022 im Vergleich zum Vorjahr gesunken sind. So wurde der angepeilte Zielwert in Höhe von 756,2 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente sogar um knapp 10 Mio. Tonnen unterboten. Jedoch sind hierbei zwei Umstände zu beachten: Zum einen sind der stärkste Faktor für das Abfallen der Emissionen die Einsparungen im Industriesektor, welche die Zielwerte sogar um 12,7 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente unterboten haben. Jedoch sei dieser Rückgang laut Expertenrat v.a. auf den Krieg in der Ukraine zurückzuführen und somit nur von vorrübergehender Natur. Zum anderen reißen zwei Sektoren den selbst gesetzten Treibhausgas-Rahmen, sodass diese im Folgenden näher beleuchtet werden sollen: Der Verkehrs- und der Gebäudesektor. Ersterer verfehlte den Zielwert um 9,7 Mio. Tonnen, letzterer um 4,3 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente.

VERKEHR: VOLKER HÖR DIE SIGNALE

Für einen Überblick über die Klimabilanz des Verkehrsministeriums lohnt das Video „Die Wahrheit hinter Volker Wissing“ des YouTube-Kanals „Die da oben“. Hiernach klaffen Anspruch und Realität weitestgehend auseinander. So sollen bis 2030 15

Mio. E-Autos und 1 Mio. Ladesäulen auf bzw. an den Straßen sein. Stand jetzt reden wir jedoch über 1 Mio. E-Autos und 70.000 Ladesäulen. Auch die im Koalitionsausschuss erstrittenen 144 beschleunigten Autobahnprojekte setzen laut BUND mehr als 400.000 Tonnen CO2 jährlich frei.

Hinsichtlich des Fahrradverkehrs sind wiederum leichte Fortschritte zu verzeichnen. So wurden immerhin 110 Mio. € für Fahrradparkhäuser und Stellplätze an Bahnhöfen ausgegeben. Der vom Verkehrsministerium selbst errechnete Bedarf von 1,5 Mio. Fahrradstellplätze würde jedoch etwa 3 Mrd. € kosten, sprich auch hier existiert Nachbesserungsbedarf. Luft nach oben existiert auch bei der Umsetzung des vereinbarten lückenlosen Radnetzes. Zwar wurden bisher 15 Mio. € für die Suche nach innovativen Lösungen ausgegeben. Passiert ist darüber hinaus Stand jetzt allerdings nichts.

Auch bei der Bahn gibt es eine gemischte Bilanz. Der Einführung des Deutschlandtickets, welches durchaus zu würdigen ist, steht eine Bahn gegenüber, die 2022 nur in 65% der Fälle pünktlich gewesen ist (wobei diese Statistik bekanntermaßen Verspätungen unter 6 Minuten als pünktlich wertet und Zugausfälle komplett rausrechnet). Der sog. Deutschlandtakt, also ein Fahrplantakt, bei dem in jeder Stunde mindestens ein Zug in jede Richtung fährt bzw. auf Hauptverkehrsrouten sogar mind. alle 30 Minuten, wird laut Bundesschienenbeauftragten Michael Theurer sogar erst irgendwann zwischen 2048 und 2070 flächendeckend verfügbar sein. Darüber hinaus ist die Infrastruktur unfassbar marode: 23 % aller Gleise, 26 % aller Weichen, 11% der Brücken, 22% Oberleitungen, 42 % aller Bahnübergänge und 48% der Stellwerke gelten laut einer internen Bewertung des Bundesverkehrsministeriums als reparaturbedürftig. Die Kosten hierfür belaufen sich laut NDR auf 89 Mrd. €. Immerhin hat sich die Ampel im Koalitionsausschuss darauf geeinigt, 312 Bahnprojekte zu beschleunigen. Bis 2027 wurde zudem ein Bedarf von 45 Mrd. € errechnet, weswegen jetzt zusätzlich zum jährlichen Budget von 8,6 Mrd. € 9 Mrd. dazu kommen.

Festzuhalten bleibt, dass es drastischer Maßnahmen bedarf, um die Klimabilanz des Verkehrsministeriums zu verbessern. Das Tempolimit würde hier schon mal weiterhelfen. Wirklich effektiv wären hingegen Fahrverbote. Durch Sonntagsfahrverbote etwa könnten laut Greenpeace schätzungsweise 2,9 Mio. Tonnen Kraftstoff pro Monat eingespart werden, also 5,6% des gesamten Kraftstoffabsatzes. Nachdem es sich dabei um sofort umsetzbare Maßnahmen handelt, ist der gesellschaftliche Druck auf Volker Wissing unbedingt aufrecht zu erhalten.

GEBÄUDE: NOCH KEINE KLIMA-KLARA

Während es im Gebäudesektor zwischen 1990ern und 2000ern eine starke Treibhausgas-Reduktion gegeben hat, stagniert der Wert seit 2014 (was wohl Ausfluss davon ist, dass der Gebäudesektor zuvor am Innenministerium angesiedelt war und zuletzt unter Seehofer scheinbar nicht die Aufmerksamkeit be-

kommen hat, die er eigentlich benötigt). Das Bauministerium versucht dem v.a. mit Förderprogrammen für besonders effiziente Gebäude abzuhelfen. Einem Gutachten des Wirtschafts- und Klimaministeriums zufolge reicht das aber hinten und vorne nicht aus. Um bis 2045 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen, müssten der Einbau von Wärmepumpen sowie der Ausbau von Wärmenetzen massiv beschleunigt werden. Biomasse müsste aufgrund seiner negativen Klimabilanz auf ein absolutes Minimum beschränkt werden. Neben anderen Maßnahmen müsste der Gebäudebestand schneller saniert, die Ausbildung von Fachkräften forciert und die Zahl an Neubauten begrenzt werden. Das alles zusammengenommen mündet in Kosten von 1,4 Billionen €, die insgesamt im Zeitraum von 2020 bis 2045 ausgegeben werden müssten. Wichtig hierbei: Das Gutachten versteht die genannten Punkte als Mindestanforderungen (!) für einen klimaneutralen Gebäudebestand. Folglich verlangt der Gebäudesektor weit mehr (finanziellen) Elan als das heute der Fall ist.

FAZIT: DEN KOPF IN DEN SAND STECKEN IST KEINE OPTION

Auch wenn Krise nach meinem Dafürhalten niemals geil sein kann, gilt es die kriegsbedingt gedrosselten Emissionen der Industrie zu nutzen und jetzt umso entschlossener Boden gut zu machen. Dabei sehe ich zumindest im Bauministerium immerhin schon mal keinen Wiederwillen dagegen, Klimaschutz zu betreiben. Gleichzeitig sehe ich hier aber auch bei weitem nicht das Engagement, das für die Bewältigung dieser Mammutaufgabe vonnöten wäre. Ich verstehe, dass der Krieg Ressourcen zieht (v.a. wenn ein liberaler Finanzminister sein Bestes gibt, die Finanzierung echter Zukunftsvisionen blockieren zu wollen. Dienstwagen-Privilegien wollen schließlich erkämpften werden).

Nichtsdestotrotz ist in Anbetracht der Notwendigkeit von Treibhausgasreduktion ein Tätigwerden vollkommen alternativlos. Bis das ein Christian Lindner, ein Volker Wissing oder die FDP-Wählerschaft begriffen hat, wird es jedoch leider noch eine Weile dauern. In der Zwischenzeit sind alle anderen Ressorts umso mehr gehalten, bei der eigenen Reduktion von Treibhausgas (Achtung Wortspiel) Gas zu geben.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

DREI FRAGEN DER MEHRHEIT* DER PARTEIBASIS AN IHREN GENERALSEKRETÄR KEVIN KÜHNERT

*) 60+, denn wir sind die Mehrheit der Mitglieder, bedauerlicherweise nimmt ja bei jungen Leuten die Bereitschaft zu politischen Ehrenamtsaufgaben ab, das hat Gründe, die wiederum zu diskutieren wären...

VON DER AG 60+,
ZUR VERÖFFENTLICHUNG EINGESANDT
VON MONIKA FATH-KELLING

Lieber Kevin,

uns ist durchaus bewusst, welch ein Knochenjob es ist, Generalsekretär der SPD zu sein. Trotzdem, oder gerade deswegen, dürfen wir Dich bei Deinem Besuch in Erlangen nicht „schonen“, denn Du solltest aus erster Hand zu wissen kriegen, was uns Basismitglieder umtreibt.
Bei unserer aktuellen Sitzung AG 60+ am 26.4. haben wir deshalb unsere TO über den Haufen geworfen und stattdessen „Drei Fragen von der Basis“ an Dich formuliert.

DIE SOZIALE FRAGE (1. MARKENKERN)

Sozialpolitik ohne Wirtschafts- und Finanzpolitik ist nicht machbar. Soweit so klar. Aber:

• Wie kommuniziert unsere Partei SPD das verunsichernde Chaos in der Energiepolitik bzw. die sozialen Folgen davon. Uns fehlt nicht nur bei diesem Thema schmerzlich die originäre Stimme der SPD, als Partei, nicht die der Regierungsmitglieder, oder der Fraktion.

• Welche Vorschläge zu einem gerechteren Steuersystem macht die Partei SPD, die zu einer Verminderung der unsozialen Vermögensverwerfungen (immer weitere Öffnung der Reich-Arm-Schere) führen könnten?

DIE FRIEDENSPOLITISCHE FRAGE (2. MARKENKERN)

Du selbst hast Dich öffentlich als „nicht Pazifist, sondern Antimilitarist“ definiert.

• Bitte erläutere uns kurz diese Aussage.

• Wie wirkt sich diese Deine Positionierung auf die Kommunikation der Parteilinie in dieser Frage aus? Ist das deckungsgleich? Nein, meinen wir, denn sonst müsste der Wunsch und die Forderung der SPD nach Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags und dem Abzug der Atomsprengköpfe aus Büchel (mithin das Beenden der nuklearen Teilhabe) öffentlich kommuniziert werden, und nicht nur die nötigen Rück- und Vorsichten, die eine labile Koalitionsregierung fordert.

• Freundschaft zu den USA in Ehren, aber: einem Freund auf „Abwegen“ muss der Freundschaftsdienst der Ehrlichkeit erwiesen werden. Er muss seine Abwege kritisch zugespielt bekommen, klare, offene Worte keine „Omerta“ mit geballten Fäusten in der Tasche und Wut im Bauch. Auch hier vermissen wir sehr schmerzlich die Parteisicht, die Kommunikation des Parteiprogramms, nicht die der eingebundenen Funktionsträger.

DIE FRAGE DES GENERATIONENAUSGLEICHS (3. SÄULE SOZIALDEMOKRATISCHER POLITIK)

Am Beispiel der nun propagierten Aktien-Rente.

• Unserer Meinung nach wird hier der Fehler der Riester-Rente wiederholt, diesmal zu Gunsten der Berater in den Banken. Solche Modelle laufen nur gut bei florierender Wachstums-Wirtschaft, wir befinden uns jedoch europaweit eher „auf einem absteigenden Ast“. Unser worst-case-Szenario: Wie bei Hartz IV setzen wir für andere eine ungeliebte „Reform“ um, die uns erneut als sozialer Verrat auf die Füße fällt, sehr zur Freude der eigentlichen Initiatoren, die mit sämtlichen Fingern auf den Sündenbock SPD zeigen werden. In diesem Fall für die SPD u.U. existenzbedrohend.

• Welche Schritte unternimmt die Partei, als Partei grobem Unfug und inkompetenter Amtsführung z.B im Außenministerium oder im Finanzministerium zu widersprechen? (Motto: Wir als SPD sehen es aus diesem und jenen Grund so und so, aber ja, wir müssen diese und jene Rücksichten auf unsere Koalitionspartner nehmen...) Einen Fehler machen-OK. Den gleichen Fehler wiederholen: Grobe Dummheit!

Wir von 60+ Erlangen sehen als erheblichstes Kommunikationsmanko, dass die Stimme der SPD nicht mehr öffentlich „in Erscheinung tritt“. Es kann nicht sein, dass wir durch Jahrzehnte prekärer Koalitionsarbeit „vergessen haben“ den Wählern und potenziellen Wählern in erster Linie unser Parteiprogramm zu kommunizieren, und noch dazu „vergessen“, die Abweichungen zu unserer Parteilinie kenntlich zu machen und zu begründen.

JUSOS ERLANGEN IN MITTELFRANKEN & JUSOS MITTELFRANKEN IN BAYERN GUT VERTRETEN

VON MARTIN PROKOPEK

Sowohl die Jusos Mittelfranken als auch die Jusos Bayern haben über die letzten Wochen ihre Vorstände neu gewählt. Ein kurzes Update.

Die mittelfränkischen Jusos, die an der Arbeit des Landevorstandes beteiligt sind: v.l.n.r.: Vorsitzender Jusos Mittelfranken Nils Dörrer, stellvertretende Landesvorsitzende Sandra Manthey, Sprecher der Jusos Bayern für politische Bildung Martin Prokopek

Am 5. März fand die Bezirkskonferenz der Jusos Mittelfranken im Nürnberger Karl-Bröger-Zentrum statt. Neben einem Grußwort des Nürnberger MdB Jan Plobner und konstruktiven Antragsdebatten wurde u.a. ein neuer Vorstand gewählt. Erneut mit breiter Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt wurde Nils Dörrer. Ebenso wurden Sophia Waldmann und Lena van Haaren in ihrem Amt als Teil des Vorstands bestätigt. Neu hinzugekommen sind Vinzenz Pyka aus Nürnberg und ich. Zusammen wollen wir zum einen verlässlich das Wirken der mittelfränkischen Jusos bündeln und zum anderen einen Grundstock an politischen Bildungsangeboten schaffen, der eine Ergänzung zu den Angeboten der Jusos Bayern darstellen soll. Exemplarisch arbeiten Nils und ich grade an einem Umweltseminar, für das wir den 17. Juni anpeilen. Weitere geplante Veranstaltungen sind u.a. eine Europakonferenz am 24.06. in Nürnberg sowie ein Neumitgliederseminar.

Darüber hinaus war am 16. April die Landeskonferenz der Jusos Bayern, die sog. Lagekonferenz. Auch hier folgten auf Grußworte wie etwa das von Philipp Türmer, Mitglied des Juso-Bundesvorstandes, und Antragsdebatten die Wahl des Landesvorstands. Mittelfranken ist ab sofort durch Sandra Manthey aus Nürnberg als eine der beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden sowie durch mich als Sprecher für politische Bildung vertreten. Politische Bildung umfasst die Koordination der Bildungsangebote der Jusos Bayern. Nils Dörrer ist als Vorsitzender der Jusos Mittelfranken zudem regelmäßig in die Vorstandsarbeit involviert.

Der neue Jusos Mittelfranken Bezirksvorstand: v.l.n.r.: Lena van Haaren, Martin Prokopek, Sophia Waldmann, Vinzenz Pyka, Nils Dörrer

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten Monatsspiegel Juli 2023

23. Juni 2023

NOCH ETWAS MEHR „MEHR DIPLOMATIE“ WAGEN

VON HELMUT AICHELE

Liebe Alle,

Die neue Initiative für eine vertiefte und sachorientierte innerparteiliche Diskussion hat einen guten Start genommen. Es wurde bereits ein zweiter Newsletter verschickt. Wer diese Newsletter noch nicht bekommen hat, kann sie von der Homepage der Initiative **www.mehr-diplomatie-wagen.de** herunterladen.
Unabhängig möchte ich aber jedem empfehlen den Beitrag des Genossen Schollenberger mit dem Titel „Was ist falsch in der Rede von L. Klingbeil?“ zu lesen. (siehe auch Seite 20 in diesem Monatsspiegel)

IMPULSE ZUR FRIEDENSPOLITIK AUS DER AG 60+

VON LOTHAR BINDING, BUNDESVORSITZENDER,
ZUR VERÖFFENTLICHUNG EINGESANDT VON HELMUT AICHELE

Die Sehnsucht nach Frieden ist eine der großen Gemeinsamkeiten aller Menschen. Ausgenommen sind wenige Kriegsgewinnler, die auch vor der Zerstörung existenzieller Grundlagen – ökonomisch und ökologisch – nicht zurückschrecken. Und so gibt es in mehr als dreißig Ländern Krieg. Mit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine ist ein weiterer Krieg hinzugekommen. In kürzester Zeit wurden tausende Menschen auf beiden Seiten getötet, Millionen sind auf der Flucht, lebenswichtige Infrastruktur, Umwelt und Natur zerstört, das Klima unter erhöhtem Druck. Sanktionsregime und unterbrochene Lieferketten treffen vor allem die ärmsten Teile der Weltbevölkerung.

WIE DER BODEN FÜR FRIEDENPOLITIK VERGIFTET WIRD.

In der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) vom 17. März lese ich als Bildunterschrift: „«Ich erwarte einen Aufschrei»: Die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist eine unbestechliche Stimme, wenn es um den Krieg in der Ukraine geht.“ Warum steht hier nicht: „Die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist eine unbestechliche Stimme, wenn es um den Frieden in der Welt geht.“ Immerhin ist sie Vorsitzende des Verteidigungs- und nicht des Kriegsausschusses. Vielleicht lohnt es sich, der Frage nachzugehen, ob es eine andere deutsche Politikerin gibt, die so eng mit der Rüstungsindustrie verwoben ist, wie Strack-Zimmermann. Und der Rüstungsindustrie geht es immer gut, wenn im Volk Angst herrscht. In der NZZ lese ich: „Marie-Agnes Strack-Zimmermann: «Auf russischen Panzern steht ‹nach Berlin›“.

GEWÖHNUNG AN DEN KRIEG

Die tägliche Berichterstattung über zerbombte Häuser und Industrieanlagen, über Kriegsopfer, Tod und Vertreibung, begleiten die Forderungsspirale nach noch mehr schweren Waffen. Dieser Gewöhnungseffekt macht nach jeder Waffenlieferung, nach jeder Verschärfung des russischen Angriffs und nach jedem verteidigenden Gegenschlag, weitere Waffenlieferungen plausibel. In diesem Teufelskreis sind Agnes Strack-Zimmermann, Anton Hofreiter und Friedrich Merz längst dieser Kriegslogik verfallen und dienen jenen, die Interesse an der Lieferung von mehr Waffen haben. Die Aufsichtsräte der Rüstungskonzerne freuen sich. Wohin das führt, sehen wir an den jüngsten Forderungen nach international geächteter Streumunition.

Auf der anderen Seite hilft der Schlachtfeldtourismus einiger Politikerinnen und Politiker wie auch vieler Medien, sich an den Krieg in der Ukraine zu gewöhnen. Er wird von ihnen hautnah besichtigt und dann bringen sie uns den Krieg direkt in unser Wohnzimmer. Die Rüstungsspirale dreht sich unaufhörlich weiter. Die Sprache wird rauer, verroht, Angst und Hetze greifen um sich – „«Auf russischen Panzern steht ‹nach Berlin›“. Im Zuge dieser Gewöhnung an das Schrecklichste, kommt gar kein Zweifel mehr auf, ob dieses Denken überhaupt humanen Kategorien folgt. Diese schreckliche Gewöhnung erstickt den Selbstzweifel und treibt die Rüstungsindustrie an.

DIE KRIEGSLOGIK ÜBERWINDEN

Wir müssen uns dieser Gewöhnung verweigern und nach dem Ende dieser Rüstungsspirale fragen. Es gibt keine Antwort der Kriegstreiber, wie oder ob die Spirale wechselseitiger Aufrüstung enden soll, kein Konzept, keinen Plan, kein Ende in Sicht. Und wer die Gewöhnung an die Kriegslogik hinter sich lässt, ist auch frei über Friedensinitiativen nachzudenken. Was heute undenkbar scheint ist gleichwohl denkbar. Das haben wir von Willy Brandt und Egon Bahr gelernt. Und Frieden in Europa ist ohne Russland nicht zu denken. Wir haben nicht vergessen, dass Russland geholfen hat, den kalten Krieg zwischen den Blöcken gewaltfrei zu beenden.

Dabei dürfen und wollen wir die Ukraine nicht alleine lassen, andernfalls wird sie unterjocht. Deshalb darf der Angriff auf die Ukraine auch keinen Erfolg haben – eine Lösung auf dem Schlachtfeld ist

keine Lösung. Eine erfolgreiche Verteidigung braucht Flugabwehr, Flugabwehrsysteme, vielleicht so etwas wie den „Iron Dome“, den wir aus Israel kennen. Das stärkt die Selbstverteidigungsmöglichkeiten der Ukraine. Neben der Unterstützung zur Verteidigung der Ukraine, neben der Lieferung humanitärer Hilfsgüter und neben der Unterstützung der Kriegsflüchtlinge, müssen wir uns für Waffenstillstands- und Friedensgespräche stark machen. Bilateral, multilateral, multimedial oder real auf diplomatischen Plattformen.

Olaf Scholz hat dazu in bilateralen Gesprächen, etwa mit Xi Jinping, Luiz Inacio Lula da Silva oder Joe Biden den Grundstein gelegt. Auch die Einladung von fünf Gastländern aus Asien, Afrika und Lateinamerika zum G-7-Gipfel in Elmau und Gespräche mit Putin waren Schritte in diese Richtung. Die noch existierenden Brücken nach Russland dürfen nicht abgebrochen werden. Dass Olaf Scholz als Zögerer beschimpft wird, von Leuten, die zwischen Besonnenheit und Zögerlichkeit nicht unterscheiden können, von Leuten, die unter Führung verstehen, im Falschen eilig voranzugehen, statt sich mit möglichst vielen abzustimmen, verrät uns, wie sehr solche Leute in ihrer Kriegslogik gefangen sind und warum wir Ihnen nicht folgen sollten.

Auch wenn es heute undenkbar scheint, wir brauchen eine Sicherheitsarchitektur in Europa unter Einschluss Russlands, denn ein dauerhafter Frieden in Europa ist ohne Russland kaum möglich. Das gilt in gleicher Weise für die Länder des Balkans. Im Unterschied zu anderen Parteien, deren Entwicklung von einer Position des radikalen Pazifismus, hin zu Aufrüstung und unkritischem Militarismus uns erschreckt – wollen wir weiterhin Friedenspartei bleiben.

DAS KÖNIGREICH DER SERBEN, KROATEN UND SLOWENEN

VON STEFAN BARTH

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gegründet mit einem serbischen König. Der Wunsch der Serben war einen zentralistischen Staat unter der Führerschaft der Serben zu errichten. Sie betrachteten die im Königreich lebenden Kroaten und Muslime ohnehin als Serben, die nur eine andere kulturelle Entwicklung hatten. Das sahen die Kroaten und Muslime nicht so, so dass sich schon früh Konfliktstoff bildete.

DER ZWEITE WELTKRIEG

Am 7. Januar 1929 – am Tag nach der Errichtung einer Notstandsdiktatur des Königs in Belgrad – ging der kroatische Abgeordnete Ante Pavelić nach Italien und gründete die Aufständische Kroatische Revolutionäre Organisation Ustaša, einen Verschwörerbund, der sich unverhohlen zum Terrorismus als „heiliger Pflicht“ bekannte – und zu Pavelić als seinem „Führer“ (Poglavnik). 1931 explodierten auf der Eisenbahnstrecke Wien-Belgrad in Zügen mehrere Bomben, vor allem aber als am 9. Oktober 1934 zum Schrecken ganz Europas der jugoslawische König Alexander in Marseille zusammen mit dem französischen Außenminister Barthou von Ustascha-Attentätern ermordet wurde, fürchtete Mussolini, der dem „Poglavnik“ Schutz bot, um sein damals halbwegs seriöses internationales Ansehen. Er ließ Pavelić zeitweilig verhaften, dann in Siena „internieren“ und nach dem Abschluss eines jugoslawisch-italienischen „Freundschaftspaktes“ (1937) verordnete der Duce seinem kroatischen Bewunderer sogar ein vierjähriges Schweigen. Als stille Reserve war der „Poglavnik“ ohnehin zur Hand – zumindest für Italiens Ambitionen auf dem Balkan und solange Mussolinis „Achsenpartner“ Hitler nicht zum Konkurrenten wurde. Als am 6. April 1941 aus heiterem Himmel deutsche Bomber Belgrad überfielen und die jugoslawische Armee dann in nur elf Tagen von deutschen, italienischen, ungarischen und bulgarischen Angriffstruppen zerschlagen wurde, kehrte Pavelić aus seinem italienischen Exil zurück.

Der Erzbischof von Zagreb, Alojzije Stepinac, machte ihm seine Aufwartung und gab zu Ehren der mit dem Poglavnik zurückgekehrten Ustascha-Männer in seinem Bischofspalast ein Essen. Im offiziellen Tagebuch des Kirchenfürsten heißt es über die Unterredung mit dem in Frankreich in Abwesenheit wegen Mordes verurteilten Ante Pavelić ; „Der Erzbischof erteilte ihm für seine Arbeit den Segen. Als dann der Erzbischof geendet hatte, antwortete der Poglavnik, er wünsche der katholischen Kirche in allem zu helfen.

Der von Erzbischof Stepinac freudig begrüßte „Unabhängige Staat Kroatien“ nahm etwa zwei Fünftel des ehemaligen jugoslawischen Territoriums ein und entsprach damit der großkroatischen Zielsetzung der Ustascha. Doch nur rund die Hälfte der sechs Millionen Einwohner waren katholische Kroaten. Mehr als zwei Millionen waren Pravoslaven, d. h. orthodoxe Serben bzw. Bosniaken, über eine halbe Million waren Muslime, und der Rest verteilte sich auf andere Minderheiten, darunter 40.000 Juden. Schon am 30. April wurden drei Gesetze erlassen, die die rechtliche Grundlage der folgenden völkischen Ausrottungspolitik bildeten: „Über die Staatsbürgerschaft“, „Über die Rassenzugehörigkeit“ und „Über den Schutz des arischen Blutes und die Ehre des kroatischen Volkes“.

Als Pavelić sich Mitte Mai 1941 den päpstlichen Segen holen wollte, ließ der Vatikan ihm noch vor dem Rom-Besuch durch Erzbischof Stepinac die heikle Frage stellen, ob sein Gewissen rein sei. Pavelićs Antwort: „Exzellenz, mein Gewissen ist rein und ruhig! Ich bin für diese Tat so verantwortlich wie jeder Kroate!“

Pius XII. schien dies zu genügen. Formell empfing er ja Pavelić nicht als neues Staatsoberhaupt, doch was ihm der „Poglavnik“ zu sagen hatte und was Monsignore Montini (der spätere Papst Paul VI.) mitschrieb, klang alles andere als „privat“: „Herr Pavelić versicherte wiederholt, dass das kroatische Volk seine ganze Haltung und Gesetzgebung vom Katholizismus inspirieren lassen möchte...“ Was er damit wirklich meinte und wie es seine primitiven Ustascha-Terroristen praktizierten, wurde bald schrecklich offenbar. So bedrohte schon der erste Gummiparagraph eines „Volksschutzgesetzes“ vom 17. April 1941 jeden, der „die Ehre“ der Kroaten verletze oder – „auf welche Weise auch immer“ – den Staat gefährde, mit der Todesstrafe. Am 25. April verbot ein Dekret die kyrillische Schrift der Serben; am 30. April wurde ein Gesetz zum „Schutz des arischen Blutes“ gegen Juden erlassen – mit Ausnahme jener, die selber zur Ustascha gehörten (wie etwa Pavelićs Ehefrau ...) Und am 26. November dekretierte das Regime die Errichtung von Arbeits- und Konzentrationslagern als Vorsorge gegen „unerwünschte und gefährliche Personen“.

Im September/Oktober 1941 begann die Zusammenfassung der Juden in Lagern und Zwangsarbeitskommandos, was vielfach auch schon ihre Liquidierung durch die Ustascha- Wachmannschaften zur Folge hatte. Im Frühjahr 1943 wurde der größte Teil der in den Lagern befindlichen Juden im deutschen Okkupationsgebiet Kroatiens nach Auschwitz deportiert. Kurz danach war Erzbischof Stepinac in Rom, wo er auf die Judenverfolgung angesprochen wurde. Wie er darauf reagierte, berichtete Fürst Erwin Lobkowicz, der Ustascha - Mann beim Heiligen Stuhl, in einem erfreuten Brief nach Zagreb: „Die vatikanischen Kreise freuten sich über die Ankunft des Erzbischofs, und der Erzbischof selbst war mit der Aufnahme zufrieden. ... Er hat im Vatikan von unseren Gesetzen gegen das Verbrechen der Abtreibung gesprochen, was dort sehr gut aufgenommen worden ist. Wie der geführt wurde, wusste man selbstverständlich auch im Auswärtigen Amt in Berlin durch seine Informanten: „Das Vorhandensein der Serben in Kroatien wird als ein Problem betrachtet, das ausschließlich in die Kompetenzen der Ustascha- Polizei und der Standgerichte fällt. ... In Zagreb haben die Zivilbehörden einen Befehl erlassen, nach welchem die Serben auf die gleiche Stufe mit den Juden gestellt werden. Es ist den Serben verboten, die Trambahn zu benutzen, sie dürfen nur in den auch für Juden bestimmten Stadtteilen wohnen“. Das vorrangige Ziel des kroatischen „Führers“ war die Vernichtung der serbisch-orthodoxen Kirche zum Wohle der katholischen. Dort, wo die Orthodoxen eine Minderheit waren, wurden ihre Kirchen für katholische Zwecke umgewandelt, laut Anordnung der bischöflichen Ordinariate. Wo dagegen die Pravoslaven überwogen, hat man ihre Kirchen meist total zerstört. Nicht weniger als 299 serbisch-orthodoxe Gotteshäuser fielen derart dem katholischen Kreuzzug zum Opfer, wurden ausgeraubt, vernichtet. Viele Kirchen hat man zu Warenhäusern gemacht, Schlachthäusern, öffentlichen Toiletten, Ställen. Den ganzen Besitz der serbisch orthodoxen Kirche kassierte die katholische“. Mindestens dreihundert Priester und fünf Bischöfe wurden ermordet. Und er versicherte obendrein, es sei „töricht und der Jünger Christi unwürdig zu denken, der Kampf gegen das Böse könne auf vornehme Art und mit Samthandschuhen geführt werden“. Eine Vorstellung, die der Ustascha ohnehin fern lag. Im Mai 1941 wurden in Glina etwa 500 Serben ermordet und kurze Zeit später 56 Viehhändler. Was danach geschah, fasste der - was Massaker betraf, Übertreibungen ziemlich unverdächtige - Sicherheitsdienst der SS in einem Bericht zusammen: „Infolge dieser Gräueltaten flüchteten fast alle Bauern der umliegenden Dörfer in den Wald und hielten sich dort versteckt. Die Ustascha erließ daraufhin einen Aufruf an diese Bauern und sprach ihnen volle Freiheit zu, falls sie bereit sind, sich römischkatholisch taufen zu lassen. Die Bauern waren hiermit zum großen Teil einverstanden ... marschierten geschlossen nach Glina ... Es waren zur Taufe etwa 250 Personen erschienen, die in der Kirche von sechs Ustascha-Angehörigen empfangen wurden. Nach dem Eintritt der Bauern wurde die Kirche geschlossen. Die Bauern mussten sich sodann mit dem Gesicht zum Erdboden legen, worauf die sechs Ustascha-Angehörigen mit bereitgehaltenen spießartigen Stöcken auf die liegenden Bauern einstachen.

Die Kritik am Terror gegen die Serben und an den gewaltsamen Massenbekehrungen der Orthodoxen erreichte auch den Heiligen Stuhl. Erzbischof Stepinac verteidigte die Massaker indirekt, indem er in einem Sonderbericht an den Papst die „Verbrechen“ des zerschlagenen jugoslawischen Staates auflistete.

Den ausführlichen Artikel könnt ihr bei unserem Genossen Stefan Barth anfragen.

Kontakt:
stefan.barth.er@gmx.de

DEUTSCHE SS-BERICHTE ÜBER USTASCHAS, VATIKAN UND DIE SERBEN

VON STEFAN BARTH,
AUS SEINEM BUCH „WEM DIE SONNE SCHEINT“

Die SS hat im Zweiten Weltkrieg zwar über die Verbrechen der Kroaten an den Serben ausführlich berichtet, hat aber keine Verbrechen verhindert, wie es das italienische Militär getan hatte. Der Bericht Deutsche SS-Berichte über Ustaschas, Vatikan und die Serben schildert eindrucksvoll das grausame Geschehen im Zweiten Weltkrieg. Am 7. Januar 1929 – am Tag nach der Errichtung einer Notstandsdiktatur des Königs in Belgrad – gründete Pavelić die Aufständische Kroatische Revolutionäre Organisation (Ustaša - Hrvatska Revolucionarna Organizacija), einen Verschwörerbund, der sich unverhohlen zum Terrorismus als „heiliger Pflicht“ bekannte – und zu Pavelić als seinem „Führer“ (poglavnik). 1931 explodierten auf der Eisenbahnstrecke Wien-Belgrad in Zügen mehrere Bomben, vor allem aber als am 9. Oktober 1934 zum Schrecken ganz Europas der jugoslawische König Alexander in Marseille zusammen mit dem französischen Außenminister Barthou von Ustascha-Attentätern ermordet wurde, fürchtete Mussolini, der dem „Poglavnik“ Schutz bot, um sein damals halbwegs seriöses internationales Ansehen. Er ließ Pavelić zeitweilig verhaften, dann in Siena „internieren“, mit Monatsgehalt aus der Staatskasse, und nach dem Abschluss eines jugoslawisch-italienischen „Freundschaftspaktes“ (1937) verordnete der Duce seinem kroatischen Bewunderer sogar ein vierjähriges Schweigen. Als stille Reserve war der „Poglavnik“ ohnehin zur Hand – zumindest für Italiens Ambitionen auf dem Balkan und solange Mussolinis „Achsenpartner“ Hitler nicht zum Konkurrenten wurde. Als am 6. April 1941 aus heiterem Himmel deutsche Bomber Belgrad überfielen und die jugoslawische Armee dann in nur elf Tagen von deutschen, italienischen, ungarischen und bulgarischen Angriffstruppen zerschlagen wurde, war die Stunde des „Poglavnik“ gekommen; sein Zagreber Statthalter Slavko Kvaternik, ein ehemaliger k.u.k. Oberst, proklamierte am 10. April: „Gottes Vorsehung und der Wille unseres großen Verbündeten sowie der jahrhundertelange Kampf des kroatischen Volkes und die große Opferbereitschaft unseres Führers Ante Pavelić ... haben es gefügt, dass heute, vor der Auferstehung des Gottessohnes, auch unser unabhängiger Staat Kroatien aufersteht...“ Kaum war Pavelić aus seinem italienischen Exil eingetroffen, machte ihm der Erzbischof von Zagreb, Alojzije Stepinac (* 8. Mai 1898 in Brezarić zu Krašić, Österreich-Ungarn; † 10. Februar 1960 ebenda), seine Aufwartung und gab zu Ehren der mit dem Poglavnik zurückgekehrten Ustascha-Männer in seinem Bischofspalast ein Essen. Im offiziellen Tagebuch des Kirchenfürsten heißt es über die Unterredung mit dem in Frankreich in Abwesenheit wegen Mordes verurteilten Ante Pavelić ; „Der Erzbischof erteilte ihm für seine Arbeit den Segen. Als dann der Erzbischof geendet hatte, antwortete der Poglavnik, er wünsche der katholischen Kirche in allem zu helfen. Er sagte auch, er werde die Sekte der Altkatholiken, die nichts anderes als eine Gesellschaft für die Ehescheidung sei, ausrotten. Außerdem fügte er hinzu, er werde gegen die serbisch orthodoxe Kirche nicht tolerant sein, weil sie für ihn nicht eine Kirche darstelle, sondern eine politische Organisation“.

Unser Genosse Stefan Barth hat über dieses Thema das Buch „Wem die Sonne scheint“ (367 Seiten) geschrieben. Dies ist zum Preis von 11 Euro erhältlich.

Kontakt:
stefan.barth.er@gmx.de

TERMINANKÜNDIGUNGEN

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zur Vorstellung der Halbzeitbilanz „Eine Stadt für Alle – Halbzeitbilanz mit OB Florian Janik“. Ihr habt dreimal die Gelegenheit an der Veranstaltung teilzunehmen:

14. Juni 2023, 18 Uhr Büchenbacher Anlage
15. Juni 2023, 18 Uhr Röthelheimpark
21. Juni 2023, 18 Uhr Bierlachweg
4. Juli 2023, 18 Uhr Ohmplatz

Munib Agha Sandra Radue

WAS IST FALSCH IN DER REDE VON L. KLINGBEIL?

VON WILFRIED SCHOLLENBERGER, ZUR VERÖFFENTLICHUNG EINGESANDT VON HELMUT AICHELE

ANLASS

Auf der SPD-Veranstaltung „Zeitenwende: Sicherheit und Frieden in Europa“ hat der SPD-Co-Vorsitzende Lars Klingbeil eine Grundsatzrede zur „grundlegende(n) Neupositionierung sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik“ gehalten1, die 2023 in einen Parteitagsbeschluss münden soll. Dies ist ein Beitrag zu der meines Erachtens erforderlichen Debatte.

Grundsätzlich stimme ich Lars Klingbeil zu, wenn er sagt: „Es kann und wird mit Russland keine Rückkehr zum Status Quo vor dem Krieg gegen die Ukraine geben. Die Welt vor dem 24. Februar gibt es nicht mehr. Wir tragen jetzt die Verantwortung, das Neue zu gestalten.“ Damit meine ich aber vor allem die wirtschaftlichen Verflechtungen: Dass westliche Unternehmen ihre gerade geschlossenen und aufgegebenen Niederlassungen und Investitionen in Russland schnell wieder öffnen bzw. aufnehmen, ist meines Erachtens schwer vorstellbar. Aber eine europäische Sicherheitsarchitektur lässt sich nach meiner Erfahrung und Überzeugung nur im Konsens mit allen relevanten Akteuren, also auch Russland, aufbauen.

ZUSAMMENFASSUNG

Lars Klingbeils Rede enthält einige rückblickende Umdeutungen der jüngeren Geschichte Deutschlands und unserer Partei, die zu einem radikalen Schwenk und einer Neuauflage der Rhetorik des „Kalten Kriegs“ in den 50er (!) Jahren führen würden.

Das betrifft insbesondere seinen Bezug auf die Politik von Willy Brandt, Egon Bahr und Helmut Schmidt, der schlicht unzutreffend ist, ebenso wie seine Unterstellung, deutsche Politiker hätten in den letzten 20 Jahren gegenüber Russland blauäugig agiert und „das Trennende übersehen“.

Aber auch seine Beschreibung der aktuellen Realität ist durch seinen Fokus auf den Krieg in der Ukraine und die unbedingte und uneingeschränkte Übernahme der Positionen des ukrainischen Präsidenten verzerrt.

Wenn Lars Klingbeil dann auch noch eine deutsche „Führungsmacht“ beansprucht und „mehr Verantwortung übernehmen“ will, muss entschieden widersprochen werden:

1. „Das Neue“ darf kein Zurück zur Konfrontation der Blöcke, wie in den 50er und frühen 60er Jahren, werden.

2. Die Stärke sozialdemokratischer Politik war nie „Führung“, sondern sind Vermittlung und Kompromisse.

GESCHICHTS-REVISIONISMUS

In seiner Rede pflegt Lars Klingbeil einen verklärten und selektiven Bezug auf die Entspannungspolitik Willy Brandts, Egon Bahrs und Helmut Schmidts.

Brandts Außenpolitik

Lars Klingbeil meint: „Seine [Brandts] Außenpolitik war ein erfolgreicher Dreiklang aus erstens Diplomatie, zweitens klarer Haltung mit Blick auf Menschenrechte und internationales Recht – darunter das klare Bekenntnis zur Unverrückbarkeit von Grenzen – und drittens der eigenen militärischen Stärke.“

Zuallererst: Brandt und Schmidt folgten sehr konsequent dem Grundsatz der „Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten“, der letztendlich die Gründung der OSZE erst ermöglichte. Diesem Grundsatz folgend verzichteten sie unter anderem auf eine offizielle Unterstützung von Solidarność. Auch Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR oder der Schießbefehl und die Selbst-Schuss-Anlagen an der innerdeutschen Grenze wurden nicht zum Anlass für den Abbruch von Gesprächen genommen.

Gegenüber der UdSSR, Polen und der DDR war ihre Außenpolitik, sehr zum Unmut der CDU/CSU, durch Rechtsverzicht geprägt: In ihrer Amtszeit hat die BRD im Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 (in Kraft getreten am 12. Juni 1972) erklärt, dass sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand hat und solche in Zukunft auch nicht erheben wird, und dass sie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich betrachtet, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze zur Volksrepublik Polen und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser faktischen Anerkennung wurde aber juristisch 1975 durch das Bundesverfassungsgericht widersprochen, welches erklärte, Veränderungen im territorialen Status von Deutschland könnten völkerrechtlich verbindlich allein von den vier Siegermächten vorgenommen werden.

Den kompletten Artikel findet ihr im Internet unter:

https://mehr-diplomatie-wagen.de/was-ist-falsch-in-der-rede-von-l-klingbeil/

Oder einfach QR-Code scannen:

SCAN ME

AUS DEN DISTRIKTEN UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

DISTRIKT WEST

Vorsitzende
Katrin Hurle
Felizitas Traub-Eichhorn
katrin9290@googlemail.com
felizitas.traub-eichhorn@fen-net.de

Zusammenfassung der Distrik-Sitzung April

Bei der April-Distriktsitzung am 26.4.23 war der umwelt- und verkehrspolitische Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion Dr. Andreas Richter zu Gast. Er erläuterte, was die Neuberechnung des Kosten-Nutzen-Indikators (NKI) für die Realisierung der StUB bedeuten wird. Geänderte Rahmenbedingungen bei der standardisierten Bewertung haben nämlich dazu geführt, dass die bisher wegen eines NKI unter 1 aus der Betrachtung ausgeschiedenen Trassenvarianten Dechsendorfer Damm und Büchenbacher Damm nun bei 1,7 liegen und daher bezuschussungsfähig sind. Nach wie vor den besten NKI mit 2,2 hat aber die Variante Wöhrmühlbrücke. Noch nicht eingeschlossen bei den Variantenberechnungen ist der Ost-Ast, es handelt sich lediglich um das L-Netz. Während nun also der Zweckverband bis zum Jahresende auch noch die Berechnungen zum Büchenbacher Damm vorlegen wird, scheidet die Variante Dechsendorfer Damm aus den Betrachtungen aus, da sie eine große Anzahl von Flächen im Privatgrund und den längsten Trassenabschnitt im Trinkwasserschutzgebiet hat. Deswegen sehen die EStW die Wasserversorgung in Gefahr und legten ihr Veto ein.

Als besonders problematisch wurde in der engagierten Diskussion gesehen, dass sich der Baubeginn um mindestens drei Jahre nach hinten verschieben wird, wenn die Regnitzquerung über den Büchenbacher Damm kommt. Aktuell könnte die Planfeststellung ab 2025 erfolgen, ab 2028 dann der abschnittweise Bau von Nürnberg aus, die schrittweise Inbetriebnahme 2031.

Die Genossinnen und Genossen wünschen sich eine Kampagne pro StUB, die die Emotionen anspricht. Bisher seien die Fakten und rationalen Argumente sehr stark im Vordergrund gewesen.

DISTRIKT SÜD

Vorsitzender
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen

wir laden Euch ein zu unserer Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen

am Mittwoch, den 14.6.2023, um 20 h im Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1

wie im Monatsspiegel angekündigt.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Bericht des Vorstands, Kassenbericht sowie Bereicht der RevisorInnen
4. Aussprache
5. Entlastung des Vorstands
6. Wahlen
• einer Wahl- und Zählkommission
• VorsitzeR
• StellvertreterIn
• SchriftführerIn
• RevisorInnen
• Nominierung einer Vertreterin und eines Vertreters im Kreisvorstand
7. Berichte aus Stadtteilbeirat und Stadtrat
8. Sonstiges

Wir freuen uns auf Dein Erscheinen.

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Richter
Vorsitzender

JUSOS ERLANGEN

Vorsitzende
Sophia Waldmann
Mark Schuster
info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,

im Juni 2023 treffen wir uns als Jusos und bereden folgende Themen:
13.06.: Programm Bezirkstag
27.06.: Regierungsprogramm BayernSPD Teil II

Wir treffen uns zu den „gewöhnlichen“ Sitzungen um 19:30 Uhr im Sitzungszimmer des August-Bebel-Hauses (Friedrich-List-Str. 5, 91052 Erlangen, Eingang über Parkplatz). Änderungen - gerade bzgl. Sitzungsort - werden über Slack bekannt gegeben. Eine Einladung zur jeweiligen Sitzung wird dann per Mail und Slack übermittelt.

Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung sowie eine gute, konstruktive Diskussion.

Euer Vorstand

ASF

Sprecherinnen
Birgit Brod
biggibrod@gmx.de
Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
Valeria Fischer
Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com
Lisa Kaufmann
kaufmann_lisa@gmx.de
Johanna Pfister

Am 31. März fand im Operationshörsaal der Frauenklinik gemeinsam mit MdB Carmen Wegge und dem Direktor der Frauenklinik, Prof. Dr. Beckmann eine Podiumsdiskussion zu sicheren, legalen Abtreibungen und der Abschaffung des §219a statt. Die interessante, aber auch schwierige und daher teilweise stark emotionale Debatte wurde von unserer Bezirkstagskandidatin Sophia Waldmann moderiert.

Für Sophia steht fest: „Über den eigenen Körper zu bestimmen ist das Recht jeder Frau - my body, my choice. Daran gibt es nichts zu rütteln. Wie dieses Recht durchs Gesetz abgesichert werden kann, die damit verbundenen ethischen Fragen und die entsprechende medizinische Versorgung bleiben ein Thema der SPD, das hat uns Carmen Wegge deutlich gemacht und darin unterstützen wir sie.“ – klare Worte, welche auch die Erlanger AsF unterstreichen möchte. Wir bedanken uns bei unserer Sophia für die hervorragende Gesprächsleitung auf dieser außerordentlich anspruchsvollen Veranstaltung.

Eure Lisa

AG 60+ ERLANGEN

Vorsitzende
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Protokoll zur Sitzung vom 26.4.2023, 15 bis 17 Uhr in der Thalermühle

Mit 12 Anwesenden erholt sich langsam unsere Teilnehmerzahl auf „Vor-Corona-Niveau“.
Die Sitzung hatte im Vorfeld keine explizite TO, ad hoc einigten wir uns auf drei Punkte:

• TOP 1: Besuch von Kevin Kühnert
Wir möchten unserem Generalsekretär bei seinem Besuch am 30.4. in Erlangen eine Note mit drei Fragen übergeben, die uns als Basismitglieder der SPD im Alter von 60+ gerade besonders auf der Seele liegen. Wir diskutieren und formulieren die Fragen grob vor. (Siehe Artikel „3 Basis-Fragen an Kevin Kühnert“)

• TOP 2: Aktien-Rente
Renate hat persönlichen Kontakt gefunden zur AG 60+ Remscheid. Sie berichtet kurz über deren Aktivitäten und macht uns in diesem Zusammenhang auf deren Widerstand gegen die von der Regierungskoalition angepeilte „Aktien-Rente“ aufmerksam. Dieses Thema soll an unseren Kreisverband weitergegeben werden. Unserer Meinung nach wird der Fehler der Riester-Rente wiederholt, diesmal zu Gunsten der Berater in den Banken. Solche Modelle laufen nur gut bei florierender Wachstums-Wirtschaft, wir befinden uns jedoch europaweit eher „auf einem absteigenden Ast“.

• TOP 3: Kommunikation
Wir stellen fest, dass die Kommunikation der Bundespartei dringender Verbesserung/Veränderung bedarf: Statt Verlautbarungs-Kommunikation der Fraktion/Regierung müssen die Überlegungen, Begründungen, Stellungnahmen zur offenen Diskussion in der Partei (nicht der Regierungs- oder Fraktionsmitglieder) klar an die Basis gerichtet werden, (nicht „pseudo“ als Drops, der auf die Basis fallengelassen wird, der aber in der Sache längst gelutscht ist).

Hem merkt dazu an: die Partei- und Basisarbeit muss wieder mehr getrennt werden von denjenigen, die für die Partei Funktionen in Fraktion und Regierung innehaben.

• TOP 4: Sonstiges
Dieter bringt die Stellungnahme Stoltenbergs zur NATO-Konferenz im Juni, die bereits eine Zeitleiste des Beitritts der Ukraine enthält, in den Blick. Es herrscht Einigkeit darüber, dass, Freundschaft zu den USA in allen Ehren, die EU, Deutschland, die SPD eine eigenständige Meinung zu den zahlreichen (und immer zahlreicher und aggressiver werdenden) „Missständen“ haben und dem amerikanischen Partner mitteilen und sich mit ihm auseinandersetzen muss. Keine Schweigegelübde, sondern Klartext sind gefragt!

Hem erinnert, dass die Erlanger SPD zum Bundesparteitag im Dezember (Antragsschluss ist der 9.Oktober) Anträge stellen/wiederholen sollte: die Umsetzung des Bundestagsbeschluss von 2010 zum wiederholten Male anmahnen, zum Beispiel: Deutschlands Verzicht auf die atomare Teilhabe, und den Abzug der atomaren Sprengköpfe aus Büchel, sowie Deutschlands Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Frank-Lothar referiert kurz über den Auftritt von Daniela Dahn, die vom Erlanger Bündnis für Frieden nach Erlangen eingeladen war. Er empfiehlt das Buch Kriegsfolgen zur Lektüre, in dem sie Mitautorin ist.

Dieter sucht Interessenten für eine organisierte Reise nach Moldawien/Transnistrien, Termin noch offen... Bei Interesse könnt ihr über Monika Kontaktdaten zu Dieter bekommen.

Protokoll: Monika

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN

RÜCKBLICKE AUF ERFOLGREICHE VERANSTALTUNGEN

UNSERE EHRUNGS-KMV

KEVIN KÜHNERT IN ERLANGEN